GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG V. — DECEMBRIE / DECEMBRE / DEZEMBER 1927. — NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 12

Im Zeichen des Minoritätenschutzes.

Die neuesten Judenexzesse in Rumänien.

„Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los." Selten einmal hat das vielzitierte Dichterwort sich in so sinnfälliger Weise bewahrheitet, wie im Falle der rumänischen Regierung, die die Geister des Hasses und der Zwietracht unter den Völkern Rumäniens so lange förmlich gezüchtet und planmässig grossgezogen hat, bis sie ihrer nicht mehr Herr zu werden fähig war und ihr Land einer wahren Anarchie preisgeben musste.

Noch ist der ganze Umfang der Verwüstungen nicht voll zu übersehen, die von den in Oradea zum Kongress versammelten rumänischen Studenten in dieser Stadt und an anderen Orten, vornehmlich Siebenbürgens, angerichtet wurden. Auch die moralischen Auswirkungen nach innen und die Folgen für die internationale Stellung Rumäniens, die als Rückschlag gegen die verübten und geduldeten Schandtaten unausbleiblich erscheinen, sind in diesem Augenblick noch keineswegs zu ermessen. Die ganze verhängnisvolle Tragweite der Ereignisse wird sich erst nach völliger Klarstellung des Verhaltens der Regierung vor und nach dem Kongresse überblicken lassen.

Eines lässt sich schon heute mit Sicherheit feststellen: die Miturheberschaft der liberalen Regierung an den Untaten der Studenten. Denn von Anfang an haben die minderheitsfeindlichen Massregeln der verschiedentlich übertünchten liberalen Regierungen (Averescu ist nur eine Abart von Brătianu) der Entrechtung und der Entziehung des gesetzlichen Schutzes der jüdischen Minorität des Landes zugestrebt. Sind die machthungrigen Liberalen zur Zeit sogar von der Regierung demonstrativ

zurückgetreten, um nur nicht das „Odium" der Unterzeichnung der die Minderheitsrechte verbürgenden Pariser Konvention auf sich nehmen zu müssen, so haben sie, alsbald wi der zur Macht gelangt, in zielbewusster Arbeit stets dahin gestrebt, auf administrativem und gesetzgeberischem Wege die wohltätigen Wirkungen des zum Bestandteil der Verfassung gewordenen Rechtsschutzes für die Minoritäten zu entkräften und einen Geist gezüchtet, der unfehlbar zu den Religionsverfolgungen in Oradea, Cluj usw. führen musste. Dass freilich die Studenten diesmal etwas mehr „geleistet" haben, als es zunächst in der Absicht der Liberalen gelegen war, mag zugegeben werden: kein stärkerer Beweis für die Schwäche der Regierung gegenüber einer Bewegung, die sie angeregt und in Händen zu haben glaubte, deren Zügel ihr aber entfielen, sobald die Bewegung über ihre Urheber hinausgewachsen war. Das schlechte Gewissen der Regierung aber erweist sich aus den Halbmassregeln, die sie als Ahndung der Missetaten in Angriff genommen hat, ohne sich zunächst noch an die Bestrafung der wahren Schuldigen heranzuwagen.

Um die genetische Entwicklung der Dinge zu verstehen, ist es notwendig festzuhalten, wie die Liberalen von Anfang an darauf versessen waren, die Juden *ausserhalb des Gesetzes zu stellen.* Der erste Schritt war *die Entziehung des Rechtes zum Gebrauch der Muttersprache.* Wenn die ungarische und deutsche Minderheit allenfalls noch in der Hauptsache die eigene Muttersprache im Unterricht weiter benutzen durfte, so wurde es den Juden mit ungarischer oder deutscher Muttersprache zunächst im Verordnungswege, alsbald aber auch kraft des Gesetzes vorgeschrieben, das Rumänische als Unterrichtssprache in ihren Schulen einzuführen, wobei das früher als Unterrichtssprache dienende Ungarische in Siebenbürgen, beziehungsweise das Deutsche in der Bukovina nicht einmal als fakultativer Lehrgegenstand zugelassen wird. Gibt es eine ärgere Verkümmerung der natürlichen und verfassungsmässigen Rechte einer Minderheit, als das Verbot, sich ihrer Muttersprache im Unterricht bedienen zu dürfen?

Dieselbe Entrechtung der Juden bedeutet der von der Regierung geduldete Umstand, dass *die jüdischen Studenten von den rumänischen Universitäten tatsächlich ferngehalten werden.* Kein Gesetz schreibt einen Numerus clausus für Juden an den

rumänischen Hochschulen vor, in Wirklichkeit aber besteht heute schon beinahe der Numerus nullus. Die Regierung konnte folgerichtig nicht an den verhetzten Studenten die Widergesetzlichkeiten ahnden, die sie den verhetzenden Universitätslehrern nachgesehen hatte. Als natürliche Folge ergab sich die Meinung der Studenten, die sich bald auch in weiteren Kreisen verwurzelte, dass die Juden in jeder Beziehung ausserhalb des Gesetzes stehen.

Diese Meinung konnte ferner durch die Beobachtung genährt werden, wie die Regierung, die allenfalls den übrigen Minderheitskirchen mehr oder minder nach Gebühr Zuschüsse aus der Staatskasse zukommen liess, die Juden allein *auch in diesem Punkte entrechtete* und die Stirn hatte, ihnen ein geringes Almosen statt des gesetzmässigen bedeutenden Beitrages anzubieten. Musste nicht eine solche rechtsräuberische Behandlung in der öffentlichen Meinung den schon anderweitig hinlänglich genährten Glauben stärken, dass die Juden ausserhalb des Gesetzes stehen?

In einem anderen Sinne konnte hingegen die akademische Jugend der Meinung sein, dass sie ausserhalb der Gesetze stehe, in dem Sinne nämlich, dass insbesondere das Strafgesetz nicht für sie verbindlich sei. Sie durfte ungeahndet jahrelang die brutalsten Gewaltakte begehen: Judenschlägereien an Hochschulen, auf Eisenbahnen und in den Strassen der Städte, auch in Bucureşti, vor den Augen der Regierung; Zertrümmerung von Geschäftsschildern und Auslagefenstern und die hiedurch verursachten, sich mit Millionen beziffernden Sachschäden, sowie die dadurch bedingte Geschäftsstockung, die ebenfalls Hunderte von Millionen an Verlusten zur Folge hatte; die bei den schwachen Versuchen eines Widerstandes seitens der Regierung sofort erfolgenden Sistierungen des Besuchs der Vorlesungen, die eine normale Lehrtätigkeit an den Hochschulen dauernd unmöglich machten und mit immer wieder erneuten und vermehrten Konzessionen an die jugendlichen Verächter der Landes- und akademischen Gesetze belohnt wurden; die unflätigsten Beschimpfungen wider Juden und Judentum, die den einzigen Inhalt der studentischen Presse und der Studenten-Versammlungen bildeten und doch niemals das Einschreiten eines Staatsanwaltes im Sinne des Pressegesetzes zur Folge hatten — dies alles und noch manches andere, unter dem Deckmantel des Eifers für

den „nationalen Gedanken" verübt (so dass nationaler Geist und Judenfeindlichkeit tatsächlich in einem und demselben Begriffe zusammenfielen) — musste es nicht in den übermütigen Köpfen einer derartig erzogenen akademischen Jugend den Glauben an ihre Unantastbarkeit von seiten der Gesetze, selbst bei sträflichster Übertretung derselben durch schwerste und gemeinste Verbrechen, wachrufen und aufrecht erhalten? Und in der Tat! Ist es nicht dazu gekommen, dass der Stadtpräfekt von Iași, der ausnahmsweise einmal die von den Studenten immer wieder gestörte Ruhe in der Stadt herstellen wollte, für diese „Beleidigung des Nationalgefühls" der Jugend von einem Studenten vorsätzlich getötet wurde, der denn auch von einem Schwurgericht freigesprochen und als nationaler Held gefeiert worden ist, um folgerichtig alsbald einen Sitz als Deputierter in der gesetzgebenden Körperschaft einzunehmen? In ähnlicher Weise blieben die schwersten Verbrechen an Juden, wie Mordanschlag und ausgeführter Mord, von seiten der Gerichte ungeahndet.

Damit war erwiesen, dass die Meinung, die Juden stünden ausserhalb der Gesetze und dürften nicht deren Schutz geniessen, durch das Verhalten der Regierung zunächst in der Studentenschaft erweckt und gepflegt, nunmehr auch von den breiten Schichten der Bevölkerung geteilt wurde. Auch die Universitätsbehörden machten davon keine Ausnahme. Ihre Versuche, die Lernfreiheit der Juden zu schützen, fielen recht kläglich aus und blieben daher ohne Erfolg. Strafweise entzogene Stipendien und sonstige Benefizien wurden den verwöhnten Jüngern der „Wissenschaft" alsbald wieder zugestanden. Wurden einmal Studenten relegiert, so fanden sie im nächsten Semester wieder in Gnaden Aufnahme, was ihren Mut zu Ausschreitungen nur noch stärken musste. Im letzten Grunde erklärt sich dieses Verhalten daraus, dass die eigentlichen Führer der „nationalen Bewegung" gegen die Juden in den Lehrstühlen der Universitäten sitzen und von diesen hohen Stellungen aus zu Aechtung und Vertreibung, ja zu Mord und Totschlag der Juden in Schrift, Bild und Wort aufrufen. Es soll aber zur Ehre der Hochschullehrerschaft nicht unerwähnt bleiben, dass z. B. der Senat der Universität Iași wiederholt die Entfernung des wildesten Agitators Cuza von seinem Lehrstuhl gefordert hat. Wie sich die Regierung dazu verhielt, ergibt sich daraus, dass nicht sie, sondern das Kassationsgericht schliesslich Cuza seines

Amtes entsetzte, worauf die Regierung mit seiner Wiedereinsetzung antwortete, bis er endlich nach erreichter Altersgrenze sich in den wohlverdienten Ruhestand begeben musste.

Nach alldem brachte es die liberale Regierung fertig, nicht nur den Studentenkongress in Oradea, wiewohl er ausschliesslich inner- und aussenpolitische Fragen auf die Tagesordnung gesetzt hatte, zu gestatten, sondern ihn auch durch Gewährung von Freikarten für Extrazüge und durch im Wege behördlichen Druckes erwirkte Freiwohnungen (darunter an Tausend bei jüdischen Familien), ja, wie in der Deputiertenkammer, freilich nicht ohne Widerspruch seitens der Regierung, behauptet wurde, durch Überweisung von Geldern im Betrage von mehreren Millionen zu unterstützen. Rechtzeitig auf die zu erwartenden Ausschreitungen aufmerksam gemacht, versäumte es die Regierung nicht nur, die nötigen Vorkehrungen zu deren Abwehr zu treffen, sie gab vielmehr den Zivil- und Militärbehörden den ausdrücklichen Befehl, den Studenten gegenüber auf keinen Fall von der Waffe Gebrauch zu machen, wie durch Aussagen von Mitgliedern der Polizei- und Militärmannschaften hinlänglich erwiesen ist. Daraufhin erfolgten die bekannten Exzesse zunächst in Oradea selbst, dieser stolzen ungarischen Stadt, die, wie übrigens das ganze siebenbürgische Land, nie in vergangenen Jahrhunderten, auch nicht zur Zeit der Türkenherrschaft, ähnlich wüste Szenen in ihren Mauern erlebt hatte, und die zur Zerstörung und Ausplünderung von 3 Synagogen, zur Schändung der heiligen Schriftrollen in denselben und zur Zertrümmerung der meisten jüdischen und vieler ungarischer Geschäftsläden führten. Die mit den Studenten abgehenden Extrazüge aber blieben *noch am folgenden Tage* stundenlang in den Zwischenstationen stehen, wobei die Lokomotivführer gewaltsam entfernt und durch Studierende der Technik ersetzt wurden. In den Zwischenstationen hausten die jugendlichen Unholde in den Flecken und Städten mit jüdischer und ungarischer Bevölkerung, von der sie begleitenden bewaffneten Macht ungestört, in derselben orgiastischen Weise, wie in der zuerst heimgesuchten Stadt. In Cluj fielen ihrer Wut nebst 2 Schulgebäuden 8 jüdische Gotteshäuser, in deren einem etwa zehn zum Gebet versammelte Männer, meist Greise, blutig zugerichtet und halbtot geschlagen wurden, eine Anzahl heiliger Rollen, die sie in unflätigster Weise besudelten, um sie dann in Stücke zu reissen oder zu verbrennen, viele Gebetmäntel, in de-

nen sie die anmutigen Töchter der Alma mater voran, Nationaltänze aufführten, gottesdienstlichen Zwecken dienende wertvolle silberne und goldene Gehänge, Platten, Leuchter und Pokale, die sie einfach mitnahmen, sowie die meisten jüdischen und ungarischen Kaufläden, zum Opfer. Nach alldem liess man ihnen noch Zeit, *am fünften Tage* nach den ersten Devastierungen in Oradea, eine Synagoge in Iași zu stürmen und zu zerstören.

Was tat hierauf die Regierung? Durch Interpellationen im Parlament bestürmt, beteuerte sie ihre Unschuld an dem Vorgefallenen, versprach Sicherheitsmassnahmen für die Zukunft, sprach den betroffenen jüdischen Gemeinden ihr Beileid aus und erklärte, den angerichteten Materialschaden ersetzen zu wollen, was auf Grund von Erfahrungen in früheren ähnlichen Fällen ihr kein Mensch glaubte. Sie entliess ferner einen Polizei- und zwei Stadtpräfekten aus dem Amte und liess eine Anzahl Studenten in Haft setzen. Aber kein einziger der wahren Urheber und Anstifter wurde bisher zur Verantwortung gezogen oder strafgerichtlich belangt. Ja, der Minister des Innern Duca erachtete auch noch diese Gelegenheit für geeignet, dem „nationalen Eifer" der studentischen Jugend Anerkennung zu zollen: wie wenn man etwa in Verbindung mit der Zerstörung von Magdeburg den religiösen Eifer des Generals Tilly loben wollte. Aber auch das wenige, was die Regierung tat, erschien Herrn Cuza zu viel und er liess alsbald neue Brandartikel erscheinen, in denen er zu weiterem, ähnlich wackerem Vorgehen aufrief. Und sofort stellte sich auch der Versuch ein, u. zw. seitens eines Mittelschullehrers, der auf Grund seiner Lektüre an das Märchen vom rituellen Blutmord der Juden zu glauben vorgab, diese wahnsinnige Beschuldigung in Verbindung mit einem den Eltern entlaufenen, aber zum Glück bald wieder aufgetauchten Schuljungen aufleben zu lassen.

Wenn dies alles nun gewiss der Regierung über ihre vorläufigen Absichten hinausgehend erscheinen musste, so ist es doch hinlänglich genug zum Beweise dessen, dass durch ihre Schuld die rumänische studierende Jugend zu den abscheulichen Taten einer längst überwunden geglaubten Barbarei, die in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurden, verleitet wurde, sich mit dem Makel der Schändung von sakralen Gegenständen und Stätten der Gottesanbetung, wie der gemeinen Verbrechen von Raub und Diebstahl befleckte und dadurch ihr Va-

terland in den Augen der zivilisierten Welt aufs tiefste erniedrigte. Die Regierung hat damit dem Lande einen Schaden zugefügt, wie er nicht verderblicher im Gefolge eines verlorenen Feldzuges sich einstellen konnte: der Weg zu einem moralischen Zusammenbruch im innern hat sich aufgetan, dem leicht eine Einmischung von aussen folgen möchte. Denn mit diesem Feldzuge gegen seine jüdischen Bürger hat sich Rumänien nicht nur gegen die staatserhaltende Idee der Gerechtigkeit schwer vergangen, sondern auch der flagranten Verletzung der vom Völkerbund garantierten Rechtsnormen des internationalen Minoritätenschutzes sich schuldig gemacht. Und so mag es erfahren, dass es in diesem Kampfe keineswegs eine bestimmte Anzahl von alliierten Mächten *zur Seite* hat, dass vielmehr eine einheitliche Weltfront der Freunde von Bildung und Gesittung, der Verkünder von Recht und Wahrheit, der Streiter für Frieden und Freiheit und der begeisterten Vorkämpfer für die endliche Versöhnung unter Völkern und Stämmen ihm *entgegensteht.*

Veridicus.

Die verschiedentliche Behandlung der Minderheiten in Europa.

Von: **Anton von Lukasziewicz.**

Da die Neuordnung Europas auf Grund der Friedensverträge auch in den Augen ihrer Schöpfer weit entfernt von einer reichlichen Aufteilung nach Nationalitäten blieb, haben die Hauptmächte sowohl den besiegten Ländern, wie auch ihren kleinen Verbündeten im Osten Europas *einheitliche* Bestimmungen zum Schutze der ihnen einverleibten nationalen Minderheiten auferlegt. Im Minoritätenschutzvertrage dato Paris 9. Dezember 1919 hat Rumänien gegenüber den Signalmächten die feierliche Verpflichtung der Respektierung der Einhaltung der Rechte der Minoritäten unterschrieben.

Trotz dieser *einheitlichen* Bestimmungen und trotz der feierlich übernommenen und mit der Beisetzung der Unterschriften bekräftigten Verpflichtungen zu deren Einhaltung, ist die Behandlung der Minderheiten in den einzelnen Staaten, die diese

Minderheitsverträge unterschrieben haben, eine ganz *verschiedentliche.* Interessant ist es feststellen zu müssen, dass je mehr die Staaten, die die Minderheitenschutzverträge unterschrieben haben, dem Balkan sich nähern, oder gar am Balkan liegen, die Behandlung der Minoritäten eine immer schlechtere ist. Dies mag wohl dem Umstande zuzuschreiben sein, dass am Balkan überhaupt die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen sowohl im öffentlichen, als auch im privaten Leben nie genau genommen wird.

Tatsächlich hat mit Ausnahme Jugoslaviens, woselbst in der allerletzten Zeit Fortschritte bei der Regelung der Minderheitenfragen zu verzeichnen sind, *kein einziger* Balkanstaat sich mit der Frage der Minderheit und der Lösung dieser Frage im Innern des Landes ersichtlich beschäftigt. Ja es werden nicht einmal ernste Versuche zur Regelung dieser Frage gemacht. Wir hören zwar in Rumänien von Zeit zu Zeit von allen Führern der einzelnen rumänischen Parteien je nach ihrer Einstellung Worte des grossen Willens, allein Taten haben wir bis nun überhaupt nicht gesehen. Es ist daher auch begreiflich, dass die in Rumänien lebenden Minoritäten allen auf die Besserung der Lose der Minderheiten gemachten Äusserungen, selbst denen der Regierungsvertreter insolange keinen Glauben schenken, bis nicht die Tatsachen das Gegenteil beweisen, bis nicht die Minoritäten aus eigener Wahrnehmung sich überzeugen werden, dass auch tatsächlich ernstliche Schritte zur Besserstellung des Loses der Minoritäten gemacht werden. Ob eine derartige Behandlung der Minoritäten im Interesse Rumäniens ist, überlasse ich dem Urteile jedes objektiv denkenden Menschen. Während die Grossmächte Europas, wie die Locarnoverträge und jüngst die Genfer Konferenzen beweisen, alle Anstrengungen machen, um den Frieden zu festigen, alle Konflikte zu applanieren und das friedliche Zusammenleben den verschiedenen Nationen zu ermöglichen, wurden am Balkan nicht einmal die Naturrechte der Minderheiten respektiert. Das Naturrecht ist ein Recht, das seinem Inhalte der Natur entspricht, das aus der Natur hervorgeht und das nach natürlichem Empfinden dem Menschen jederzeit zukommt. Die Sprache, die jedes einzelne Individuum in den ersten Kindesjahren mit der Muttermilch einsaugt, die Muttersprache, ist ein Naturrecht, ein Heiligtum, das unantastbar ist, weshalb sich auch alle Minderheitenschutzverträge hauptsächlich und vor-

zugsweise mit dem Schutze und der Respektierung der Muttersprache der Minderheiten befassen.

In Rumänien wird das natürliche Recht, das Recht der Minoritäten auf Benützung ihrer Muttersprache in den Schulen und bei den Behörden der Sprachgebieten der Minderheitsvölker gar nicht respektiert. Rumänien stellt sich in Bezug auf die in Rumänien lebenden slavischen Minoritäten als Ukrainer, Russen, Serben, Bulgaren, Polen auf den bequemen Standpunkt der Nichtexistenz dieser Völker, beziehungsweise auf den Standpunkt, dass diese Völker einstens Rumänen waren und entnationalisiert wurden, weshalb es zulässig ist, auf diese Völker alle jene Methoden anzuwenden, die heute Italien in Bezug auf die in Südtirol wohnenden Deutschen in Anwendung bringt.

Dieser Standpunkt ist sehr bequem, allein er ist nicht gangbar und nicht haltbar, weil die historischen und tatsächlichen Verhältnisse ganz anders liegen. Mit der Negierung allein kann man ja die Existenz einer Minorität in einem Staate nicht aus der Welt schaffen, weil jeder objektive Beobachter und Kenner der Verhältnisse die Existenz der bestrittenen, tatsächlich aber vorhandenen Minorität zugeben muss. Im Übrigen sind diese Methoden ganz veraltet und führen zu keinem Resultate. Das einstens sehr mächtige Russland, das auch heute nicht nur eine Grossmacht, sondern auch eine Weltmacht ist, hat zur Zeit der Zarenherrschaft die Negierung der 32 Millionen Ukrainer in Russland ausgesprochen. Ist mit dieser Negierung das ukrainische Volk aus Russland verschwunden oder vernichtet worden? Im Gegenteil, je stärker der Druck Russlands auf die Ukrainer war, umsomehr wurde das National-, das Stammbewusstsein der Ukrainer gestärkt und heute weiss die ganze Welt, dass die Ukrainer eine selbständige Nation sind, die schon mit Rücksicht auf ihre Grösse (42 Millionen) über kurz oder lang zu einem wichtigen Faktor in der europäischen Politik wird. In Erkenntnis dieser Tatsachen wendet Polen jetzt eine ganz andere Politik in Bezug auf die 8 Millionen in Polen lebenden Ukrainer an. Mit dem Regierungsantritte Pilsudki's wurde das zurückgedrängte ukrainische Schulwesen wiedergegeben, u. zw.: der Gebrauch der zurückgedrängten ukrainischen Sprache in Amt und Schule des ukrainischen Sprachgebietes wieder eingeführt.

Die demokratische Zeit lässt für die Dauer die Unterdrückung auch des kleinsten Volksstammes nicht zu. In einer

Zeit, wo die Demokratie mit Riesenschritten vorwärtsschreitet, wo das Minoritätenproblem immer mehr Anklang und immer mehr Verfechter findet, auf dem Standpunkt der vormärzlichen Zeit zu stehen, das ist etwas Bestehendes, als nicht bestehend auszurufen, heisst mit der Zeit nicht zu gehen, für die Bedürfnisse der Zeit kein Verständnis zu haben. Diese Einsicht hat sich auch bei den Franzosen durchgereift, was wohl der beste Beweis dafür ist, dass man den Deutschen Elsass-Lothringens, deren Existenz man nicht anerkennen wollte, in letzterer Zeit und zwar durch Poincaré selbst, die Bewilligung zur Unterrichtserteilung in ihrer Muttersprache erteilen musste. Auch Rumänien wird den Weg der Berücksichtigung der Wünsche der Minoritäten betreten müssen, weil dies im Interesse des rumänischen Staates liegt. Es gibt kein Staat auf Gottes Erdboden, der nicht ein Interesse an der Zufriedenheit seiner Bürger hätte.

Können die Staatsbürger zufrieden sein, wenn ihre Muttersprache gar nicht anerkannt und gar nicht respektiert wird? Um dies zu erreichen, wird Rumänien dem Beispiele Deutschlands und Frankreichs folgen müssen und seinen Minoritäten das geben, wozu es nicht nur nach den Friedensverträgen, sondern auch nach allen menschlichen Rechten verpflichtet ist. Da besitzt jede Minorität die Möglichkeit im Rahmen des Staates die eigene Sprache in Schule zu pflegen und zu entwickeln.

Rumänien hat auch vom Standpunkte seiner auswärtigen Politik ein Interesse daran, die an den Grenzen wohnenden Völker zufrieden zu stellen und diese Zufriedenheit ist nur zu erreichen, wenn die Möglichkeit der freien kulturellen und materiellen Entwicklung der Grenzvölker gegeben ist.

Die Ukrainer, als die natürlichen Gegner Russlands sollten vom rumänischen Standpunkte ganz besonders wohlwollend behandelt werden. Die Ukrainer, dieses treue Staatsvolk, verlangen nichts anderes, als die Respektierung ihrer Sprache in Schulen und Amt und eine menschenwürdige Behandlung. Der von Genf von den Grossmächten ausgehende Geist der Versöhnung und der Toleranz der Völker kann nicht am Balkan Halt machen, er muss sich auch in Rumänien durchbrechen und so wollen wir hoffen, dass mit der Jahreswende auch in Rumänien bessere Zeiten für die Minoritäten eintreten werden, dass alle Minoritäten Rumäniens in Bälde das bekommen werden, was ihnen nach den Minderheitsschutzverträgen und nach allen menschlichen Rechten gebührt und zukommt.

La Presse mondiale et les manifestations des étudiants en Transylvanie.

Frankfurter Zeitung *Zweit. Morg. Blatt*, Frankfurt, 7 Dez. 1927. *Rumänischer Studententerror in den neuen Gebieten.* Budapest, 7 Dez. (Europapress). Mehrere tausend rumänische Studenten, unter der Führung des antisemitisch-nationalsozialistischen Professors Cuza, haben am Sonntagabend und Montag in dem durch den Frieden von Trianon abgetretenen Grosswardein nach nationalistischen Demonstrationen schwere Verbrechen gegen die zum grössten Teil ungarische und jüdische Bevölkerung verübt. Es handelt sich offenbar um einen sorgfältig vorbereiteten Feldzug, den Prof. Cuza nicht nur gegen Grosswardein, sondern auch andere Orte der abgetretenen Gebiete unternommen hat. Die heute früh aus Grosswardein vorliegenden Nachrichten über die schweren Ausschreitungen der rumänischen Studentenschaft gegen die vorwiegend ungarische Bevölkerung dieser Stadt lauten äusserst beunruhigend. Die letzteren Meldungen vom Schauplatz der Exzesse liegen allerdings nur spärlich vor, da Grosswardein im Grenzgebiet liegt, das auch heute noch als Kriegssone gilt, so dass die Zensur äusserst streng gehandhabt wird. Aus den Schilderungen der zahlreichen Flüchtlinge, die aus Grosswardein in ihrer Bedrängnis über die ungarische Grenze geflüchtet sind, lässt sich ein furchtbares Bild der Unruhen gewinnen.

Die Zahl der Toten wird einstweilen mit drei angegeben. Ein vierter liegt im Sterben. Polizei und Gendarmerie sehen den Ereignissen ruhig zu und sind bisher nicht eingeschritten. Dort, wo sie erschienen sind, haben sie meist für die Studentenschaft Partei genommen. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf mehr als vierzig geschätzt, die der Leichtverletzten auf mehrere hundert. In den Strassen wird jeder Passant angehalten, und wer nicht genügend rumänisch antworten kann, wird blutig geschlagen. Die Unruhen, die am Montag ihren Höhepunkt erreichten, dauerten auch den ganzen gestrigen Tag an. Prof. Cuza, der die antisemitische altrumänische Studentenschaft führt, hat gestern abend Grosswardein verlassen und ist mit einer

Gruppe von Studenten nach Mármaros-Sziget abgereist mit der Erklärung, er werde auch dort die Ungarn und die Juden „ein wenig unter seine Obhut nehmen."

Auch aus Arad werden ähnliche Ausschreitungen gemeldet. Ein halbamtliches Telegramm aus Bukarest gibt die Ausschreitungen zu, erklärt aber, dass die Exzesse durch „ungarische Kommunistengruppen" heraufbeschworen worden sein.

Intransigeant. Paris, 8 déc. 1927. *On mande de Vienne. Une manifestation à la frontière hongroise?* Londres, 7 décembre (de notre corr. part., par téléph.) – On mande de Vienne au Daily Mail que plusieurs milliers d'étudiants venus de toutes les parties de la Roumanie, mais particulièrement de la Transylvanie, se sont rassemblés à Oradea-mare, anciennement Grosswardein, près de la frontière de Hongrie et ont manifesté avec violence contre les israélites et les Hongrois. Plusieurs personnes ont été blessées, parmi lesquelles le propriétaire d'un hôtel de la ville et un acteur hongrois. Le général Mosoiu, avec des troupes et de la gendarmerie, est parti sur les lieux. Les tramways ont cessé de circuler et les désordres continuent; les habitants n'osent plus sortir de chez eux et tous les magasins sont fermés.

Daily Herald. London, 8 Dec. 1927. *Anti-Hungarian Riot. Students Kill Jews and Magyars.* A Rumanian students' congress at Nagyvárad, formerly Hungarian and now annexed to Rumania, degenerated into an anti-Semite and anti-Hungarian riot.

The Congress, says Reuter, quoting accounts of travellers from Rumania, met under the supervision of Professor Cuza, who is noted for his anti-Semitic views, and the subjects to be discussed included the question of the Jews and the problem of the Hungarian optants. While the congress was in session a man named Sonnenfeld was suspected of spyng on the proceeding, and was attacked and stabbed to death.

When the session closed, demonstrations took place in the streets, and several shop fronts were damaged. The students then attacked the Hotel du Parc, and killed the proprietor, a man named Vajszlovits, by stabbing him with a dagger. A Hungarian actor was stabbed to death in the streets. A butcher's assistant who tried to shut his shop was seriously wounded

by a dagger. The offices of two Hungarian newspapers were destroyed, and the house of the Chief Rabbi was sacked.

The report sent by Reuter from Bucharest simply says that „certain demonstrations took place in the streets and some disorder ensued, several windows being broken. Order was quickly restored, and several arrests were made".

Westminster Gazette, London 8 Dec. 1927. *Rumanian students' red terror. Anti-jewish riot at border town. Many victims. 300 girls' raid on shops and cafes.* From Our Own Correspondent. Vienna, Wednesday. Hot denunciations were made in the Budapest Parliament to-day against the anti-Semitic and anti-Magyar excesses of Rumanian students at Grosswardein (the Transylvanian border town which was formerly Hungarian, but is now under the Rumanian flag).

It is reported from Budapest that the Sunday Congress of the Rumanian Nationalist Students, held at Grosswardein (Orade Amare), closed with an anti-Semitic and anti-Hungarian pogrom which almost developed into a general massacre.

Not since Bela Kun's „Red" revolution and the „White" counterrevolution in Hungary has the like been witnessed in these parts, if the Hungarian reports are authentic.

Many casualties.

Apparently the fatal casualties numbered between four and eight, about 60 were seriously injured, and more than 100 severely maltreated.

Incited by a notorious Rumanian anti-Semitic leader Professor Cuza, who declared in his Congress spech that the time had come for them to speak with deeds as well as words, the students suddenly attacked all the Hungarians and Jews they could find.

The rioting began on Sunday night and continued through Monday and Tuesday. Last night and to-day all trains arriving at Budapest from Grosswardein carried people who told tales of terror.

One Hungarian, said to be a former official, arrived with both legs broken by clubs.

Buildings sacked.

Two newspaper offices, two synagogues, two hotels, the Chief Rabbi's home, and many shops were invaded and plundered, and all the windows and furniture were smashed.

The dead include a Jewish newspaper proprietor named Sonnenfeld, an hotel proprietor named Weislowitz, a Hungarian actor named Kadicka, and a son of the theatre director named Madas.

A hat manufacturer, Herr Simon Klein, was stabbed with knives while leaving the synagogue, and is expected to die.

The active leader of the mob was a student, Zelea Codreanu.

Professor Cuza and a number of followers left saying that he had other work to do elsewhere. It is feared that he intends to launch a new Pogrom at Maramarossziget.

Women students' raids.

While men students, estimated to number about 5000, assailed Hungarians and Jews, about 300 women students plundered shops, cafés, and restaurants. The gendarmes and police it is claimed by fugitives, made little, if any, effort to quell the mob, while members of the Siguranza (Rumanian secret plain-clothes police) mixed with the mob and pointed out homes and shops to sack, and more prominent Hungarians and Jews to attack.

Parliament's protest.

In the Hungarian Parliament to-day the Opposition deputies joined the Government in deploring the excesses. They denounced the Rumanian Government for allowing Nationalist students to hold their Congress at a town which is predominantly Hungarian and Jewish.

It was chosen apparently with malice aforethought, the deputies said, because geographically Grosswardein is a most inconvenient rendezvous.

Grosswardein is quiet to-night. The students are departing. Martial law is intensified, and military patrols occupy the streets in place of the gendarmes.

On the other hand, a message from Bucharest to-night says that all that happened was that a few students in one street broke the windows of two shops. The police immediately dispersed the demonstrators and arrested the leaders. The Rumanian authorities have ordered a thorough investigation.

The Times. London, 8 Dec. 1927. *Anti-Hungarian Riots. Rumanian Students' Outbreak.* (From our Correspondent.) Buda-

pest, Dec. 7. Great excitement has been created here by the news of serious disorders having taken place at Nagyvárad (Oradea-Mare), a town inhabited mainly by Hungarians, but situated in territory granted to Rumania by the Treaty of Trianon. Accounts of what happened have been given by numerous Hungarian fugitives who arrived in Budapest last night.

According to their statements and other news, from 3,000 to 4,000 university students from Old Rumania assembled in Nagyvárad on Sunday to hold their annual meeting. Feeling in the town was already heated in consequence of strong anti-Jewish and anti-Hungarian tendencies and measures. In the evening these Rumanian students began rioting in the streets. The rioting continued on Monday, being directed against both Jews and Hungarians. The editorial and printing offices of two newspapers were demolished, and afterwards the crowd stormed a well-known Hungarian hotel, smashing everything they could lay hands on. The club where Hungarians meet was also sacked. Two persons were killed and many were wounded during the riots.

In to-day's sitting of the Hungarian House of Deputies a Democratic member invited the Governement to draw the attention of the Council of the League to these events, which, he declared, threatened the existence of the minorities in Rumania. Dr. Vass, acting Prime Minister in Count Bethlen's absence, and Minister of Public Welfare, replied that he would endeavour to get into touch with Count Bethlen (who is at Geneva), and hoped that these occurrences would be discussed and considered in Geneva.

Daily Mail, Paris 8 Dec. 1927. *Fierce rioting against magyars. Hungarians murdered and flogged in riot in border town.* From our own correspondent. Vienna, Wednesday. Further information relating to the attack, reported yesterday, by Rumanian students on Jews and Hungarians at Oradea Mare, formerly Grosswardein, on the Hungarian border, shows that eight persons were killed in the rioting, including two Jews and two Hungarians.

Oradea Mare was chosen for the anti-Semitic Rumanian Students' Congress because the population is mostly Hungarian. The rioters were exclusively Rumanian, and the girl students

looted shops while the men stopped pedestrians examined their papers and flogged them if they were Magyars.

The proprietor of the principal hotel M. Weirslovicz, has died in hospital from knife wounds, and also a newspaper owner, M. Sonnenfeld, both Jews Two Christians, Hungarian actors, named Kadicka and Madas, were murdered with daggers. Both the Hungarian newspapers in the town are unable to appear because the plant has been destroyed.

Panic spreading.

The rioting started through M. Weisslovicz refusing to allow the use of his hotel to the students, because it had been recently modernised and fitted luxuriously. The students attacked him with knives and then devastated the interior of the hotel.

All Jewish buildings, including the synagogue and shops, were attacked. Jews and Hungarians thrashed and Hungarian signboards torn down.

Refugees are reaching Hungary and panic is spreading through Transylvania, because it is believed that the students could not have afforded the expense of long journeys from Jassy and Bucarest without assistance, and that the prolonged rioting would have been impossible if the garrison of Oradea Mare had been promptly utilised.

Besides those killed 40 persons were seriously injured.

Hunted minorities. Protest in Hungarian parliament. From Our Own Correspondent. Budapest, Wednesday. In the Hungarian Chamber to-day M. Pakots (Democrat) declared that the Rumanian Government, in spite of the terms of the Treaty of Peace, had been unable to assure the rights of minorities. For three days Rumanian students had established a reign of terror at Oradea Mare and Hungarians had been unable to leave their residences.

M. Janka (Government Party) stated that the incidents could not be considered merely as street scuffles. Those at Geneva who were working for peace among the nations could not realise that justice, defenceless, wass fighting against injustice. — Reuter.

Hungary's appeal. Protests against outrages. Budapest, Wednesday. M. Vass, the acting Premier of Hungary, replying in Parliament to the speeches of members who called attention to the Rumanian outrages against Hungarians at Oradea Mare,

said that the terms of the Peace Treaty (the Treaty of Trianon) had been forced upon them.

Hungary, he said, could not be blamed if from time to time reference was made to the treatment of minorities in the States which had acquired territory which had formerly belonged to her.

He would communicate with Count Bethlen (the Premier who is at Geneva) in a concrete form the general attitude of the Hungarian Parliament. Perhaps those at Geneva, those who were engaged on trying to establish peaceful relations between countries, would listen to this appeal. — Reuter.

Frontier Guards

Hungarian soldiers (says a Budapest telegram) have taken the place of the gendarmes on the Hungarian-Rumanian frontier.

Figaro. Paris, 9 déc. 1927. *Manifestations antihongroises en Roumanie.* Le Congrès des étudiants roumains, qui s'est tenu à Nagy-Várad (Transylvanie), a été marqué par des scènes de désordre. D'après une information de l'Agence télégraphique hongroise, les éléments magyars ét juifs de la population auraient été molestés ; les imprimeries de deux journaux hongrois et la maison d'un rabbin saccagées. Deux personnes auraient reçu des coups de poignard.

Sans nier qu'il y ait eu des désordres, l'agence roumaine Rador a démenti que deux personnes eussent été poignardées. Enfin, ces scènes de violences ont eu leur écho à la Chambre hongroise où, questionné par plusieurs députés, le président du Conseil intérimaire, M. Vass, a répondu qu'il manquait d'informations précises sur l'affaire.

Le gouvernement roumain a décidé d'indemniser les victimes des bagarres. Les coupables seront punis. La presse déclare que ces incidents ont été démesurément grossis du côté hongrois, et qu'ils ne sauraient autoriser à parler de recours à la S. D. N. et de révision des traités.

Le Temps. Paris, 9 déc. 1927. *Hongrie. Les troubles d'étudiants.* Notre correspondant particulier de Budapest nous télégraphie :

Les désordres d'étudiants qui eurent pour théâtre la ville de Nagyvárad (Oradea Mare), ont causé une vive émotion dans l'opinion publique et dans les milieux politiques hongrois. Certains journaux font remarquer que l'instigateur fut précisément

le professeur Cuza qui entretint ces années derniéres des relations avec les leaders du parti des Hongrois réveillés (racistes) et ils opposent cette attitude antisémite à celle prise par le gouvernement hongrois dans la question du Numerus Clausus. Les journaux demandent instamment que le premier ministre Bethlen, actuellement à Genève, informe la Société des nations des événements et attire l'attention une fois de plus sur le sort des minorités hongroises. Ces mêmes désirs ont été exprimés à la Chambre des députés par des orateurs des différents partis de l'abbé Vass qui est premier ministre intérimaire a fait une déclaration au nom du gouvernement dans laquelle il a condamné sévèrement l'attitude des étudiants roumains, ajoutant qu'il attendait pour se prononcer définitivement de plus amples détails, mais que le gouvernement hongrois ne veut pas s'immiscer dans les affaires intérieures des autres pays.

[Le démenti roumain que nous avons publié en Dernière heure paraît préciser les détails demandés par le président du conseil intérimaire de Hongrie. Sa volonté de ne pas intervenir dans les événements des autres pays donne tout espoir d'un prompt arrangement.)

D'ailleurs, on télégraphie de Bucarest:

Le gouvernement a ordonné l'ouverture d'une enquête pour établir les responsabilités des incidents d'Oradea Mare. Il est décidé à appliquer les sanctions les plus sévères.

Die Sprachenfrage in Estland.

Von: **Eugen Maddison**
Generalsekretär des estnischen Innerministeriums.

Der Gesetzentwurf betreffs der Sprachen wurde in den letzten Sitzungen der II Staatsversammlung (Frühling des Jahres 1926) zu einer äusserst spannenden Frage. Seinetwegen fanden heftige Debatten im allgemeinem Ausschuss der Staatsversammlung und auch im von diesem gebildeten Unterausschuss statt. Seinetwegen wurden auch Lanzen ausserhalb der Staatsversammlung gebrochen und die Presse, die den Gang dieser Wortgefechte verfolgte, schwieg gleichfalls nicht.

Jetzt ist alles wieder ruhig geworden. Die Frage hat ihre Schärfe verloren und das Leben schreitet seinen Weg weiter.

Man könnte glauben, dass diese Stille das Ergebnis einer glücklichen Entscheidung dieser Frage und der Annahme des Gesetzes sei, doch nein — der Gesetzentwurf wurde von der II. Staatsversammlung nicht verabschiedet und die III. Staatsversammlung beabsichtigt sich nicht einmal mit ihm zu befassen, vielleicht deshalb, weil die Regierung ihren Vorschlag nicht erneuert hat, oder weil man gefunden hat, dass die Sprachenfrage in Estland nicht so akut, brennend und von so eiliger Entscheidung ist, wie man es anfangs annahm. Der letztgenannte Grund scheint mir der wahrscheinlichere zu sein, denn, um die Wahrheit zu sagen, ist die Sprachenfrage während der Existenz des estnischen Staates noch nie akut oder dringend gewesen, sie gehört wohl zu den Fragen, die eingehender geregelt werden müssen, was aber nicht von heute auf morgen unternommen werden soll, sondern dann, wenn die Frage vollständig reif ist und das Leben selbst die nötigen Leitfäden dazu gegeben hat. Meiner Meinung nach wäre die Einzwängung dieser Frage in die formalen Rahmen eines Gesetzes, solange sie sich noch im Stadium des Reifens befindet, gefährlich; wenn man das schon jetzt unternimmt, wären späterhin Aenderungen dabei mit Schwierigkeiten verbunden: es ist ja bekannt, dass einige Gesetze erstarren, insbesondere solche, die die Interessen schmälerer Kreise umfassen. Somit bleibe ich dabei, dass die Sprachenfrage in Estland keinen akuten Charakter hat und will die vorläufige Lösung dieser Frage betrachten.

Laut § 5 des Verfassungsgrundgesetzes (Staatsanzeiger Nr. 113/114—v. J. 1920, Ges.-Nr. 243) ist die Staatssprache in Estland die estnische. Was man unter der Staatssprache versteht, ist in den provisorischen Verwaltungsgesetzen vom 19. November 1918 näher erklärt (Staatsanzeiger Nr. 1—v. J. 1918, Ges.-Nr. 2. über die Staatssprache), laut welchen in „allen Behörden und bei allen Beamten die estnische Sprache als amtliche, so schleunigst die Umstände es erlauben, eingeführt wird"; ebenso im Gesetz betreffend die Einrichtung provisorischer Gerichte (ibid), laut dessen § 1 P. a) „die estnische Sprache als Gerichtssprache" bestimmt wird. Folglich ist unter der Staatssprache die amtliche zu verstehen und nur als solche ist die estnische Sprache zu betrachten. Anderseits enthält das Grundgesetz aber auch folgende Bestimmungen: erstens den § 22, laut welchen an Orten, wo nicht die estnische Bevölkerung,

sondern die örtliche Minoritätsbevölkerung in der Ueberzahl ist kann als Geschäftssprache in den örtlichen Selbstverwaltungsinstitutionen die Minoritätensprache sein, wobei aber jeder das Recht behält, in diesen Institutionen die Staatssprache zu benutzen, ebenso müssen die örtlichen Selbstverwaltungsinstitutionen, in denen eine Minoritätensprache eingeführt ist, im Verkehr mit Staatsbehörden und diejenigen Selbsverwaltungsinstitutionen, die sich nicht derselben Minoritätensprache bedienen, die Staatssprache benutzen; und zweitens, § 23, laut welchem Staatsangehörige deutscher, russischer und schwedischer Nationalität das Recht haben, sich in ihrer Muttersprache schriftlich an die staatlichen Zentralbehörden zu wenden, wobei die Benutzung dieser Sprachen in Gerichten und in den örtlichen Staatsbehörden und Selbstverwaltungsinstitutionen durch ein besonderes Gesetz näher bestimmt werden muss. Aus diesen Paragraphen folgt, dass an bestimmten Orten (da wo die Ueberzahl der Bevölkerung nicht Esten, sondern die örtlichen Minoritäten sind) als Geschäfts- oder amtliche Sprache in einigen Staatsbehörden, nämlich den Selbstverwaltungsinstitutionen, die betreffende Minoritätensprache sein kann (dass die Selbsverwaltungsinstitutionen staatliche sind, ist auch vom Staatsgericht bestätigt, abgesehen davon, dass das Grundgesetz sie den staatlichen entgegenstellt, was nur der mangelhaften Terminologie des Grundgesetzes zuzuschreiben wäre) und ferner, sogar in den Behörden, wo die estnische Sprache die amtliche ist, kann Deutsch, Russisch und Schwedisch als Geschäftssprache benutzt werden (selbsverständlich nur in Angelegenheiten der diesen Nationalitäten angehörenden Staatsbürger, was unter anderem auch aus dem I Abschnitt § 23 erfolgt). Den näheren Gebrauch dieser Sprachen muss ein Sondergesetz bestimmen. Wie ich schon eingangs erwähnte, erschien das entsprechende Gesetz nicht, daraus soll man aber noch nicht folgern, dass in dieser Frage eine Lücke in der Gesetzgebung ist, oder dass es überhaupt keine dementsprechenden Gesetze gibt, welche diese Frage, wenn auch nur teilweise, entscheiden. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf das provisorische Verwaltungsgesetz (Gesetz—Nr. 2) und das Gesetz betreffs die Einrichtung der temporären Gerichte lenken. Der II. Abschnitt des erstgenannten Gesetzes lautet: „In der Umgegend des Peipussees, an Stellen der beständigen Wohnsitze der Russen und in der Wiek an Stellen der beständigen

Wohnsitze der Schweden wird die russische oder schwedische Sprache eingeführt", das zweite Gesetz seinerseits bekräftigt: „bei einer gerichtlichen Verhandlung kann eine andere [nicht estnische E. M.] Sprache benutzt werden, wenn das Gericht und die Sachbeteiligten eine solche verstehen (§ 1 P. a), dabei ist in Klammern ein Hinweis auf den § 557 des Gesetzes, betreffend die Gründung der Gerichte, auf die §§ 261, 263 P. 2, 1269 P. 2, 1276 P. 2 und 405 der Zivilprozessordnung und den § 579 der Kriminalprozessordnung gemacht. Diese Paragraphen befassen sich hauptsächlich mit dem Dolmetschen der Aussagen, wobei der russische Senat seinerzeit sogar erklärte (Beschlüsse des Kriminaldepartements des russischen Senats von Jahren 1870 Nr. 68 und 1872 Nr. 383), dass der Vorsitzende des Gerichtes auch dann, wenn er die Sprache der Sachbeteiligten oder Zeugen kennt, ihnen in dieser Sprache keine Fragen vorlegen darf. Diese Einschränkung ist jetzt geändert und ein Dolmetscher wird nur benutzt, wenn das Gericht die Sprache der Sachbeteiligten oder Zeugen nicht versteht oder die Sachbeteiligten Hälften gegenseitig sich nicht verstehen können oder die Sprache der Zeugen nicht kennen.

Was die staatlichen Zentralbehörden betrifft (die Staatsversammlung, die Regierung, die Ministerien und ihre Abteilungen und Hauptverwaltungen und das Staatsgericht), so haben die Staatsbürger deutscher, russischer und schwedischer Nationalität laut § 23 des Grundgesetzes das Recht, sich in ihren Angelegenheiten in ihrer Sprache *schriftlich* an diese zu wenden. Dass dieser Paragraph nur von einer *schriftlichen Wendung* redet, heisst noch nicht, dass genannte Staatsbürger sich nur schriftlich an die staatlichen Zentralbehörden wenden können. Im Gegenteil damit hat das Grundgesetz diesen Staatsbürgern grössere Rechte zugeteilt, und eine mündliche Wendung in der betreffenden Sprache an diese Behörden als selbstverständlich angesehen.

Aus dem Angeführten folgt, dass die Fragen über den Gebrauch der russischen und schwedischen Sprachen in Staatsbehörden die ausserhalb der von Russen und Schweden bewohnten Stellen liegen, insbesondere aber über den Gebrauch der deutschen Sprache einer näheren Normierung unterzogen werden müssen, wobei hauptsächlich der schriftliche Gebrauch dieser Sprachen normiert werden müsste, denn eine mündliche Wen-

dung an die Behörden ist nicht gehindert und erzeugt auch keine Schwierigkeiten.

Unerwähnt darf auch nicht bleiben, dass der deutschen, russischen und schwedischen Sprache bestimmte Rechte bei den Wahlen in die Staatsversammlung und die Selbstverwaltungversammlungen gegeben sind, nämlich können die Vertreter der Kandidatenlisten verlangen, dass den Wahlzetteln eine Uebersetzung des estnischen Textes in deutscher, russischer oder schwedischer Sprache beigefügt werde. Ausserdem ist laut dem Grundgesetz den Minoritäten der Schulunterricht in der Muttersprache (§ 12) zuerkannt, was verwirklicht ist durch das Gesetz, betreffs d e öffentlichen Elementarschulen (Staatsanzeiger Nr. 75/76—v. J. 1920, Ges.-Nr. 208), und das Gesetz betreffs die öffentlichen Mittelschulen (Staatsanzeiger Nr. 155/156—v. J. 1922, Ges. Nr. 91), wobei laut dem Gesetz, betreffs die Kulturselbstverwaltung der Minoritäten (Staatsanzeiger Nr. 31/32—v. J. 1925, Ges.-Nr. 9), sogar die Organisierung, Verwaltung und Beaufsichtigung dieser öffentlichen und privaten Schulanstalten den Kulturselbstverwaltungen überlassen ist. Nur in der Universität zu Dorpat ist als Unterrichts- und Geschäftssprache die estnische (d. h. die Staatssprache), wobei das Universitätskollegium berechtigt ist in ausserordentlichen Fällen, mit der jedesmaligen Genehmigung des Bildungsministers, Vorlesungen in einzelnen Fächern in Fremdsprachen zu veranstalten (eben werden Vorlesungen in mehreren Fächern in deutscher und russischer Sprache abgehalten) und die Universitätsverwaltung ist berechtigt Lehrkräften, die ihre Vorlesungen in Fremdsprachen halten und dabei Lehr- oder wissenschaftliche Anstalten der Universitätsbehörden die ihnen erlaubte Unterrichtssprache zu benutzen (§ 5 nebst Anmerkung). Meiner Meinung nach dürfte es niemand zum Stutzen bringen, dass in der einzigen, vom Staat unterhaltenen Hochschule als Unterrichtssprache die estnische, d. h. die Staatsprache ist, denn abgesehen von allen, in Verbindung mit dieser Frage stehenden nationalen Nuancen, ist estnisch die internationale Sprache in Estland und es wäre ungerecht zu verlangen, dass ein so kleiner Staat für die Minoritäten noch eine besondere Hochschule unterhalten müsste. Wenn eine Minderheit es für nötig hält, ihren Angehörigen höhere Bildung zu erteilen, so kann das auf Grund des Kulturselbstverwaltungsgesetzes der Minoritäten geschehen, wobei nöti-

genfalls ein Uebereinkommen mit der Universität Dorpat zur Verwirklichung dieser Frage möglich ist.

So ähnlich wäre in allgemeinen Zügen die amtliche Benutzung der Minderheitensprachen. Was aber die nichtamtliche Seite dieser Fragen anbetrifft, so muss man bemerken, dass die Minoritätensprachen der Staatssprache *gleichberechtigt* sind.

In diesen Sprachen können ungehindert periodische Drucksachen erscheinen und verlegt werden, können Versammlungen und öffentliche Vorträge abgehalten werden, kann Propaganda getrieben werden u. s. w. und in diesen Fällen wird schon obligatorisch von den Beamten, deren Aufgabe es ist, den Versammlungen beizuwohnen u. s. w., eine gründliche Kenntnis der Minderheitensprachen verlangt.

O glumă reuşită.

Înainte cu vre-o câteva săptămâni, şi-a început apariţia un nou ziar românesc, întitulat *Gazeta Gazetarilor*, care în subtitlul său semnalează, că este organul Sindicatului Presei Române din Ardeal şi Banat. Noul ziar deja în primele două numere distinge minoritatea maghiară prin faptul, că se ocupă din abundenţă cu chestiile sale, se înţelege în tonul „obişnuitei" obiectivităţi.

Aşa de exemplu, în numărul 2, pagina 5, ni s'a dat să citim un articol, cules cu litere curzive, care ne interesează mai deaproape tocmai pe noi. Domnul G. G. adecă, sub titlul *Aceeaş greşală*, comunică cititorilor săi, că d-l *Dr. Elemér Jakabffy* deja de 5 ani redactează în Lugoj revista *Glasul Minorităţilor*, ale cărei articole apar în 3 limbi, fiind astfel revista aceasta de folos tuturora, cari nu ştiu ungureşte, însă doresc să cunoască doleanţele şi concepţia politică a minorităţii maghiare. Autorul articolului aduce chiar unele exemple, anume că publicul românesc de unde ar cunoaşte, în întregime, discursul d-lui Gyárfás (tot Elemér), rostit la discuţia Mesajului în Senat.

Dar eminentul nostru coleg are imediat şi o plângere gravă contra d-lui Dr. Elemér Jakabffy, pentrucă a publicat în *Glasul Minorităţilor* (nr. 11, pag. 406) un articol nesemnat, în care arată propriu zis cine sunt optanţii, dând totodată dreptate cetăţenilor maghiari — dintre cari numai o mică parte

sunt magnaţi avuţi – iar restul mare nişte sărmani pârâtori înaintea justiţiei internaţionale.

D-l Dr. Elemér Jakabffy a fost de multe ori criticat de către presa română, din cauza atitudinei sale politice şi a articolelor publicate, dar poate nici o singură dată n'a fost atât de nevinovat, ca tocmai acum.

Redactorul revistei *Glasul Minorităţilor* şi-a permis adecă cu această ocaziune un mic plagiat, reproducând în numărul amintit, cuvânt de cuvânt, articolul cu pricina, care a văzut lumina zilei prima dată în ziarul de sub direcţia politică a d-lui *Dr. Aurel Vlad*: *Solia Dreptăţii* din Orăştie, numărul 43 din 13 Octomvrie 1927. A plagiat articolul intenţionat, fiindcă a presimţit atacurile înverşunate ale presei şoviniste pentru cuprinsul articolului, ceeace câte-odată, glumind în voie bună, primeşte cu plăcere. Şi iată, gluma a reuşit; colegul G. G. a căzut în cursă.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Mitiţa Constantinesco: L'évolution de la propriété rurale et la réforme agraire en Roumanie. Bucureşti, 1925. Cultura Naţională, in-8°, 480 p.

(Suivre.)

Afin d'apprécier la situation des Roumains en Transylvanie, où ces immigrés constituaient la couche la plus récente de la population, nous allons jeter un coup d'oeil sur les principautés danubiennes où les Roumains étaient gouvernés par leurs propres princes nationaux. En Valachie vers le milieu du XVII^e^ siècle, la servitude était complètement développée. Le paysan était réellement traité comme un bien mobilier et exploité outre mesure. En Moldavie, nous trouvons vers la même époque le véritable esclavage: il était d'usage de vendre les travailleurs paysans sans les terres où ils étaient établis, arbitrairement, d'une propriété à l'autre, de séparer même parents et enfants. Les seigneurs propriétaires n'avaient aucune obligation envers les serfs héréditaires. Au lieu de 36 corvées par an, les *boérs* enrichis au cours du XVI^e^ et XVII^e^ siècles réclamaient bien davantage[1]. Ici encore, l'accroissement de l'exportation des blés,

[1] K. Grünberg, Die Bauernbefreiung in Rumänien, dans Handwörterbuch d. Staatswissensch.

mentionné aussi par M. Constantinesco (p. 40), facilita le placement avantageux des produits des grandes propriétés. On voit dès lors que M. Constantinesco connaît fort bien les causes économiques de l'évolution agraro-sociale et allègue celles-ci lorsqu'il s'agit d'expliquer l'oppression des paysans roumains dans la Roumanie même. Par contre, en Hongrie et en Transylvanie où l'on constate la même évolution économique et une oppression beaucoup moins lourde, il refuse de voir les facteurs économiques et ramène tout, ainsi que nous l'avons vu, à la haine nationale des seigneurs féodaux hongrois. Cependant, il n'est pas sans intérêt d'entrer dans l'examen des conditions agraro-sociales des principautés danubiennes, rien qu'en étudiant le tableau qu'en retrace M. Constantinesco lui-même. En Valachie et Moldavie, les pillages continuels pendant les guerres extérieures, l'exploitation illimitée des paysans par les impositions écrasantes qu'exigeaient les princes ainsi que les exactions inhumaines, contribuaient à appauvrir les paysans plus encore que le régime d'oppression des seigneurs-boérs. „Ainsi l'oppression de la part des seigneurs, les guerres et les invasions des ennemis, les pillages, les exactions et les abus de la fiscalité avaient réduit le paysan à l'état de la plus barbare misère." Beaucoup d'entre eux avaient quitté leurs colonies et passèrent la frontière (p. 40). Où allèrent-ils?

A cette époque on rencontre de plus en plus fréquemment en Transylvanie des ordonnances destinées à établir et attacher à la glèbe les Roumains qui traînaient leur misère et menaçaient ainsi la sécurité publique. Ceux qui restaient chez eux, „traînaient comme des bêtes, avec résignation, les peines de leur vie de gueux" (p. 43). Cependant nous ne pouvons examiner ici dans le détail la rapacité avec laquelle le seigneur percevait la dîme, ni la question du droit de succession des serfs (p. 52 et ss.), on verrait à ce propos la situation économique et sociale des paysans roumains en Roumanie dans un jour plus défavorable que sous les seigneurs hongrois et transylvains, si maltraités par M. Constantinesco.

La situation économique du paysan roumain avait atteint au XVIII^e^ et au commencement du XIX^e^ siècle le degré extrême de la misère, à une époque qui, dans toute l'Europe, exception faite de la Russie, était devenue plus favorable aux paysans. Ce serait un travail superflu que de comparer les conditions agraro-

sociales roumaines avec celles de l'Europe Occidentale, par exemple avec celles de la France ainsi que le fait M. Constantinesco (pp. 56-60). Il aurait été beaucoup plus instructif de jeter un coup d'oeil sur les pays de l'Europe Centrale et Orientale et surtout sur le voisinage immédiat des principautés.

Sous le règne des princes d'origine grecque, les Phanariotes, qui se succédaient si rapidement sur le trône des principautés qu'ils achetaient à la Sublime Porte pour ainsi dire aux enchères, la situation déjà assez misérable du paysan roumain devint de plus en plus horrible. Les princes grecs voulaient recouvrer, pendant l'intervalle de leur court règne, la somme qu'ils avaient payée pour l'achat de leur dignité, et les pots de-vin distribués, et amasser en outre un profit correspondant à l'importance de l'entreprise, afin d'emporter une fortune considérable dans le cas où la Sublime Porte enverrait un nouveau prince qui aurait fait une offre plus favorable. Ajoutons les impôts de guerre écrasants de la Sublime Porte que les princes ne manquaient pas de lever, et même à plusieurs reprises, et les exactions inhumaines des employés grecs venant de Constantinople, qui s'enrichissaient en moins de quelques années. La misère du paysan roumain n'a pas d'équivalent au XVII^{e} siècle. Tandis que les *boérs* réclamaient ainsi des redevances de plus en plus grandes de leurs serfs, ceux-ci furent précipités aussi par les pouvoirs administratifs dans une misère sans cesse croissante. „L'évolution de la condition des paysans et de leurs rapports avec la terre et le seigneur était la suivante: plus les charges, prestations, corvées, dîmes et banalités augmentaient et écrasaient le paysan miséreux, plus sa tenure, sa part de terres nécessaire à son entretien se réduisait" (p. 68). Que firent les paysans roumains pour échapper à leur misère? La réponse nous est donnée par M. Constantinesco lui-même: „Battus, torturés par les agents du fisc, jetés dans les geôles, marqués et brûlés au fer rouge, passés à la fumée de piment, privés de leur bétail, lésés dans les sentiments les plus humains et les plus saints: l'honneur de leurs femmes et de leurs filles, les paysans roumains prenaient la fuite, abandonnaient tout, famille, terre et gagnaient *d'autres contrées, d'autres pays même afin d'échapper à ce cauchemar affreux*, qu'ils vivaient dans leur village" (p. 73).

Où se rendait le paysan roumain désespéré? Le plus volontiers en Hongrie et en Transylvanie,bien qu'on trouve à cette

époque également dans les autres pays voisins de nouvelles colonies roumaines. Or, le XVIII[e] siècle est la période du repeuplement de la plaine hongroise reconquise après un régime turc de plus de 150 ans. Les territoires reconquis étaient entièrement dévastés par les guerres et le regime turc. Surtout les parties méridionales situées entre le Maros et le Danube et le bord oriental de la grande plaine avaient été éprouvés. C'est alors que se formèrent les immenses propriétés de la grande plaine hongroise. La colonisation des nouveaux domaines fut exécutée d'une part par la population appelée des montagnes, d'autre part par les immigrés venant de l'étranger. Les Roumains prirent aussi part à l'oeuvre de colonisation ; ils affluaient des montagnes de Transylvanie d'un côté, de l'autre, des principautés danubiennes et ils s'établirent surtout dans le territoire situé entre le Maros et le Danube, appelé le Banat. Grâce à ce mouvement de colonisation, des parties considérables de la grande plaine hongroise situées le long des montagnes de Transyilvanie, qui encore au XVI[e] siècle n'avaient aucune population roumaine, étaient bientôt devenues roumaines. La cruelle oppression des Phanariotes acquit ainsi à la nation roumaine de nouveaux terrains de colonisation que M. Constantinesco et tous les historiens roumains prétendent avoir été peuplés de Roumains depuis les temps les plus reculés. Les vallées fécondes du Maros, des trois Körös et du Szamos appartiennent à ces régions. L'expansion des Roumains ne peut être expliquée que par l'immigration très forte et continuelle qui arrivait du côté des principautés roumaines. Lorsqu'après la paix de Passarowitz (1718) une partie de la Valachie, appelée la Petite-Valachie, située entre le Danube et l'Olt (Aluta) fut soumise à l'administration impériale, la population connut enfin les effets bienfaisants d'une bonne administration. La population s'accrut très rapidement et passa, entre 1721 et 1736, de 13.245 familles à 40.000 familles, soit, en comptant une famille pour 5 personnes, de 66.225 à 200.000 âmes[1]. Lorsque la Petite-Valachie fut retombée de nouveau entre les mains turques et ainsi exposée à l'oppression phanariote, la plus grande partie de la population quitta le pays et s'établit

[1] Hurmuzaki, Documente, t. VI, p. 352, 473, 518, 522, cité par Jancsó, A román nemzetiségi törekvések története (L'histoire des aspirations nationales roumaines), t. I. Budapest, 1896, p. 757. Les données statistiques suivantes ibidem.

dans les régions désertes mais fertiles du Banat. D'après un calcul approximatif la population de la Transylvannie comptait :

en 1700	en 1750	en 1761—65	
150.000	195.000	271.000	Hongrois
100.005	110.000	120.680	Saxons
250.000	420.000	547.243	Roumains

Tandis que l'accroissement des Saxons fut de 40% celui des Magyars de 80%, l'augmentation des Roumains atteignit 120%. Si nous mentionnons encore que le nombre des Roumains était

en 1772 de 667.306
en 1784 de 787.357
en 1811 de 950.000
en 1837 de 1,132.980

il devient manifeste qu'un accroissement de cette envergure ne peut être dû aux naissances, mais seulement à une immigration en masse.

Les Roumains affluaient de partout, car les conditions sociales en Hongrie et en Transylvanie étaient infiniment plus favorables que dans les principautés. *Les Roumains étaient en Transylvanie moins exposés au bon plaisir des seigneurs hongrois si décriés, que dans les principautés à l'oppression des boéris, leurs frères.* Abstraction faite des charges moins lourdes en redevances fiscales et seigneuriales, ils partageaient en Transylvanie avec leur seigneur foncier le tavernage (débit du vin et de l'eau-de-vie). Ils n'étaient pas astreints à la mouture banale et bénéficiaient des droits concernant les pâturages communs avec le seigneur et d'un affouage très étendu. Dans les principautés tous ces droits appartenaient sans restriction au seigneur foncier et l'utilisation des forêts seigneuriales était complètement interdite aux paysans (p. 55).

Tandis qu'en Roumanie l'autorité publique participait elle-même à l'oppression des paysans, les Roumains immigrés en Hongrie et en Transylvanie devaient bientôt ressentir la main protectrice du souverain. Nous ne voulons pas montrer ici dans le détail toutes les mesures prises par Marie-Thérèse et Joseph II. dans l'intérêt des paysans, puisqu'elles sont connues, et reconnues même par M. Constantinesco. On ne doit pas s'étonner d'autre part que la résistance des seigneurs fonciers contre les dispositions touchant leur droit de possession fût assez grande et qu'elle ne cédât que pas à pas. Les souverains philosophes

avaient à combattre partout la même résistance dans leur politique pour l'amélioration du sort des paysans. Pourquoi veut-on que les seigneurs hongrois forment une exception à cet égard ? La volonté des monarques, qui entendaient défendre avant tout la capacité fiscale des serfs, prévalut lentement ; une exploitation des forces physiques et des ressources économiques des paysans pareille à celle qu'on voit dans les principautés n'était même pas imaginable après le règne de Marie-Thérèse et de Joseph II. Les paysans hongrois et roumains savaient qu'ils étaient défendus par les autorités politiques. Ils étaient toujours écoutés aux instances suprêmes, et surtout à la Cour, et leurs représentants pouvaient porter leurs plaintes jusque devant le souverain lui-même. D'ailleurs la conséquence naturelle de la nouvelle politique des souverains dirigée contre les classes privilégiées fut que la bienveillance des souverains fut souvent faussement interprétée par les paysans qui, encouragés par les avantages obtenus grâce aux souverains aux dépens des seigneurs fonciers, s'avisèrent de les utiliser en vue d'un affranchissement complet de toutes sortes de servitudes.

Les révoltes de paysans n'étaient pas rares au XVIII[e] siècle, période de la protection de l'Etat. La plus sanglante d'entre elles fut celle de 1784 en Transylvanie, transformée par M. Constantinesco ainsi que par les autres historiens roumains, en insurrection nationale. Par le fait que les seigneurs fonciers étaient des Hongrois les serfs des Roumains, ce mouvement parut aux yeux des générations suivantes un soulèvement national. Et cependant les causes qui l'avaient provoquées étaient les mêmes difficultés sociales et économiques qui partout en Europe produisirent des mouvements analogues. Et l'on ne peut s'empêcher de sourire quand on lit que les chefs de ce mouvement dont quelques-uns seulement savaient à peine lire et écrire „devançaient aussi de quelques années les grands principes de liberté et d'égalité consacrés par la grande révolution française de 1789." La même gloire s'attacherait alors à toutes les révoltes de paysans !

Après la révolte réprimée par la force militaire impériale, les réformes sociales ne devaient plus disparaître de l'ordre du jour. Cependant l'époque des guerres françaises ne semblait pas les favoriser. Néanmoins, aussitôt après les guerres (1819—20) on se mit aux préparatifs de la réforme „urbariale" qu'on avait

projetée auparavant. L'exécution de la réforme fut encore empêchée par les classes nobiliaires pendant quelque temps. Mais bientôt sous l'influence des idées libérales se forma aussi en Transylvanie un parti de la réforme qui gagna de plus en plus en force et était prêt à exécuter la réforme même au prix de sacrifices matériels de la part des seigneurs fonciers. En 1847 le parti de la réforme présentait déjà ses opinions avec une autorité considérable. Leur victoire à la Diète du 22 juin 1848 arriva un peu tard, car les Roumains avaient décidé de prendre les armes, dans le conflit pendant entre la Hongrie et la Cour de Vienne, contre les Hongrois qui étaient précisément sur le point de faire des paysans roumains et hongrois des citoyens égaux en droit avec les seigneurs hongrois.

Le fait que les seigneurs hongrois et saxons ont transformé de leur plein gré les paysans en propriétaires libres de leurs tenures possédées jusque là à titre d'usufruit et ont aboli toute redevance, dîme et tailles perçues en argent comptant, M. Constantinesco lui-même ne peut s'empêcher de le reconnaître. Il doit avouer que „parallèlement à l'abolition du servage, les anciens *iobagi* sont devenus propriétaires sur les terres, qu'ils détiennent actuellement", — dit la loi, — „donc sur les tenures qu'ils avaient en jouissance, sans qu'aucune réduction de l'étendue ou aucune limitation ait été faite comme dans l'ancien Royaume" (p. 229). Il reconnaît que les Roumains qui, d'après son livre, devaient subir en Transylvanie le régime de terreur des seigneuries étrangères ont mieux réussi en 1848 que leurs frères dans les principautés nationales en 1864 : „les seigneurs des Principautés Unies ont été plus favorisés par la loi rurale du pays que ne l'ont été les seigneurs de Transylvanie" (p. 230).

Afin de mesurer l'importance du sacrifice que les seigneurs hongrois ont supporté par cet acte de renonciation, nous nous permettons de renvoyer au témoignage d'un contemporain d'ailleurs peu suspect de magyarophilie. D'après celui ci, les articles 4 et 5 de la loi de 1848 trouvèrent la plupart des seigneurs fonciers peu préparés à un pareil changement. La corvée, la seule forme de travail qui leur avait rendu possible le labour de leurs terres, leur échappa d'un seul coup. Ils ne possédaient ni cheptel ni communs à leur usage personnel, ni même les moyens de se les procurer. Même l'existence matérielle des grands propriétaires était compromise dans une très forte pro-

portion et le revirement des conditions de le vie agricole eut pour beaucoup de familles de propriétaires les conséquences les plus désastreuses. L'appauvrissement rapide de l'ancienne noblesse s'accomplit bientôt; à ces inconvénients il faut ajouter aussi les troubles politiques qui avaient ouvert la voie même à des tendances communistes.[1]

Par rapport aux lois roumaines de 1864 on trouve très avantageuses les dispositions des lois hongroises qui prévoient qu'en Hongrie et Transylvanie l'indemnité seigneuriale sera payée par l'État. Le seigneur n'a plus désormais rien à réclamer des paysans. Par contre, dans les principautés roumaines l'indemnité fut acquittée personnellement, ce qui amena des abus et une oppression nouvelle des paysans et rendit leur indépendance illusoire. „La conception des lois de 1848 était plus salutaire, pour les rapports à venir, entre les propriétaires et les paysans et elle écarte dès le commencement toute collision entre les deux parties, anciennement superposées" (p. 236).

M. Constantinesco mentionne avec un éloge tout particulier les *Patentes* impériales de 1854 et de 1858 promulguées pour assurer l'exécution des lois de 1848. Cependant nous sommes en mesure de révéler la source de ces dispositions qui etablissent ce qui doit être considéré comme bien *allodial* ou comme bien soumis à redevances *(urbarial)*: elles proviennent des travaux, visiblement inconnus aux historiens roumains, de la commission de l'Union transylvaine de 1848. Cette commission qui avait d'ailleurs élaboré aussi un projet de loi concernant l'égalité en droit de la nation roumaine, qui, par suite des événements politiques et des guerres, ne put être codifié, a présenté aussi des résolutions envisageant une modification complémentaire de l'article 4 de 1848. Entre autres on résolut que toute tenure sur laquelle le paysan est établi, doit être considérée comme urbariale. Le paysan n'a pas à démontrer la provenance de sa tenure; par contre, si le seigneur affirme qu'une tenure n'est pas le bien légal d'un paysan, il doit produire des documents à l'appui de son assertion. La commission voulait ériger des tribunaux spéciaux pour les litiges éventuels entre paysans et seigneurs. Si donc M. Constantinesco affirme qu' „ainsi la Patente établissait une présomption de droit en

[1] Joseph A. v. Grimm, *Das Urbarialwesen in Siebenbürgen*, Wien, 1863, p. 56 ss. Grimm était le rapporteur de la procédure du dégrèvement des terrains en Transylvanie.

faveur du paysan, etc." (p. 242), cet éloge revient avant tout à la conviction désintéressée des classes nobiliaires transylvaines. Les Patentes avaient, il est vrai, le mérite de mettre à exécution les lois de 1848 rapidement, sans accroc ni injustice, mais la distribution de 1.615.574 arpents de terres parmi les paysans et l'abolition de 18.248,000 journées de corvées annuelles constituent la gloire des lois de 1848.

Il est évident que M. Constantinesco ne saurait terminer le tableau des conditions agraires de la Transylvanie par un éloge de la grande réforme hongroise. Que deviendrait alors la justification morale de la récente réforme agraire roumaine pour laquelle l'historien doit fournir des arguments tirés de l'histoire? Après avoir reconnu le mérite des réformes de 1847, il s'aperçoit de son rôle d'historien et s'empresse d'affirmer que les seigneurs propriétaires hongrois s'étaient bien vite repentis de leurs bonnes intentions envers les paysans roumains et s'efforcèrent de retirer les avantages qu'ils avaient accordés aux Roumains. Les expédients qu'ils trouvèrent alors étaient la „commassation" et la „ségrégation" par lesquelles l'administration hongroise ôta aux paysans roumains les *concessions autrichiennes*. M. Constantinesco suppose chez le lecteur une certaine défaillance de mémoire en disant: „Ce qui leur avait été reconnu et consacré, comme droit sur la terre, par les lois autrichiennes de 1848 et par les Patentes impériales, était réduit et spolié par les organes magyars, qui opéraient la commassation et ségrégation des terres et des forêts, en faveur des propriétaires magyars" (p. 249). Ainsi les lois de 1848, d' un tour de main habile, deviennent autrichiennes. La suite du contexte montre d'ailleurs que nous n'avons pas tant affaire à une erreur de plume, mais à quelque chose de plus: „Les injustices et les illégalités commises contre les Roumains, par ces procédés, constituaient la vengeance et la consolation des Magyars contre les *lois d'émancipation autrichiennes* et contre la bravoure avec laquelle la nation roumaine s'était sacrifiée pour la victoire de la révolution et sa propre défense pendant l'année mémorable et glorieuse de 1848".

M. Constantinesco, commettant encore une fois la même erreur, représente les nécessités économiques comme des attaques politiques dirigées contre les Roumains. La *commassation* est un procédé de partage de la propriété foncière à l'intérieur d'une commune, par lequel les terres dispersées d'un propriétaire sont réunies en un bloc, sous cette réserve que personne ne soit lésé par la substitution de terres inférieures en valeur à ses anciennes propriétés. La nécessité économique de cette mesure saute aux yeux là où le morcellement des propriétés exclut la possibilité d'une gestion économique rationnelle; elle n'est d'ailleurs pas contestée par M. Constantinesco lui-même. La *ségrégation* signifie la séparation des parts de paysan concédées

dans la loi de 1848 sur les forêts et pâturages seigneuriaux. Il va sans dire qu'aprés les sacrifices de 1848 les anciens propriétaires dépossédés s'empressaient de séparer leurs forêts et pâturages de ceux des communes de paysans, car l'affranchissement des paysans n'avait pas élevé en même temps leurs connaissances économiques! Cependant la commassation des pâturages séparés, c'est-à-dire la répartition des pâturages communs et la fusion des propriétés obtenues par la répartition avec les propriétés „urbariales" furent réclamées presque exclusivement par les paysans et exécutées selon leur désir[1]. Les seigneurs des anciennes propriétés nobiliaires n'usaient aucunement du droit de demander la commassation, que leur assurait pourtant la loi[2]. Par contre, les paysans qui ne voyaient de salut que dans la propriété individuelle, convoitée depuis si longtemps et enfin obtenue, utilisaient volontiers cette disposition de la loi afin d'opérer la séparation de leurs pâturages d'avec la propriété seigneuriale. Beaucoup plus tard seulement on s'aperçut qu'ils s'étaient ainsi causé des dommages économiques considérables. Dans la plupart des communes la conséquence de cette division des pâturages fut que le cheptel des paysans, qui jusqu'alors avaient trouvé leurs principales ressources dans l'élevage du bétail, dut être élevé désormais à l'étable, étant données l'insuffisance et la faible capacité de production des terres, et que d'autre part le paysan ne pût produire le fourrage nécessaire à ce genre d'élevage. Par la séparation de la terre seigneuriale, le paysan avait déjà perdu la pâture que son bétail trouvait sur les jachères seigneuriales. Ainsi l'élevage du bétail disparut sur les territoires commassés et il en résulta un appauvrissement du paysan. Dans les forêts la commassation entraîna une déprédation insensée de la provision de bois.

Après 1867, les gouvernements hongrois commirent une grosse faute lorsque par les lois n° 55 de l'année 1875 et n° 45 de l'année 1880, ils facilitèrent un peu trop la commassation. Dans l'intérêt de la consolidation économique des paysans, ils auraient dû empêcher la répartition des forêts, et pâturages communaux détachés de la propriété seigneuriale. Au contraire, la loi permettait la commassation dès que les propriétaires fonciers qui la demandaient détenaient un quart des biens de la commune. Pouvaient figurer au nombre des reclamants les biens de l'Etat, des municipalités ou les biens communs se trouvant sur le territoire de la commune, les biens des fondations pieuses, les biens de toute institution ou société publique, les biens des orphelins et pupilles, ensuite les forêts et les pâturages susceptibles de jouissance soumise à redevance (urbariale) etc. D'autre

[1]. Márki Sándor, Az erdélyi unióbizottság. (La commission de l'union de Transylvanie), Budapesti Szemle, 1898, p. 325.

[2]. D. Sebess, Adatok a magyar agrárpolitikához a jobbágyság felszabadítása után. (Etude sur la politique agraire hongroise après l'affranchissement des serfs), Budapest, 1908. p. 180 ss.

part furent considérés comme consentants tous ceux qui ne comparaissaient pas aux délibérations. Néanmoins ces lois ne furent pas édictées dans un esprit de zèle national, mais elles correspondaient aux exagérations des principes libéraux chers aux gouvernements hongrois et à leurs partis qui cherchaient à réaliser l'idéal humain, la propriété individuelle dépourvue de toute contrainte en appliquant le principe du „laisser faire". Il va sans dire que les conséquences fatales de ce libéralisme agraire ne se bornent pas aux communes habitées par des Roumains, elles sont assez fréquentes aussi chez les Sicules (székelyek) magyars qui, par suite de la mauvaise politique agraire des gouvernements, eurent à souffrir économiquement tout autant, sinon davantage, que les paysans roumains. Les bévues et les erreurs de cette politique agraire furent reconnues plus tard, sans que les autorités y eussent pu changer quoi que ce fût[1]. Ce n'est que la partialité de M. Constantinesco et ses idées préconçues qui peuvent supposer à ce propos une politique anti-roumaine consciente de son but et qui aurait mis à son service toute l'administration et la justice hongroises.

M. Constantinesco consacre le dernier chapitre de ce tableau „historique" au problème du droit de propriété concernant les grandes forêts de Transylvanie. Visiblement il sent ici la faiblesse de sa thèse et se croit tenu de produire des documents éloquents, des arguments précis pour prouver que les Roumains possédaient de toute antiquité les biens qu'on prétend leur avoir été enlevés de force. „Dans les premiers temps de l'invasion magyare, les forêts appartenaient à la population autochtone, aux Roumains ; par la suite, cette possession, vieille de plusieurs siècles, leur fut retirée en faveur des communautés religieuses, des seigneurs magyars ou encore des Saxons ou Sicules, les „hospites regis" (p. 252). L'histoire fantaisiste de la possession ancestrale revient encore, mais cette fois on tente de la prouver par deux documents. Le premier est la charte de 1224 du roi André II. qui détermine les possessions des Saxons et leur situation juridique. Cette charte concède aux Saxons certaines forêts :

„Praeter vero supradicta silvam Blacorum et Bissenorum cum aquis usus communes exercendo cum praedictis scilicet Blacis et Bissenis eisdem (hospitibus Teutonicis) contulimus, ut praefata gaudentes libertate nulli inde servire teneantur".

Voilà le passage d'où M. Constantinesco veut faire dériver les prétentions roumaines sur les forêts des pays Saxons. Or, l'examen exact de la Charte prouve que cette ordonnance du roi de Hongrie a trait à une forêt située dans la montagne frontière de Fogaras où par hasard se trouvaient les colonies, les plus anciennes des Roumains et des Petchénègues.[2]

[1] Adatok és vélemények a tagositás és birtokrendezés uj törvényhozási rendezéséhez. (Données et opinions sur la nouvelle réglementation législative de la commassation et de la répartition des propriétés). Budapest, 1904.

[2] Georg Müller, op. cité, p. 213.

Le second document appelé à prouver le droit de possession millénaire des Roumains sur les forêts de Transylvanie est un jugement daté, prétend-on, de 1366 et rendu dans le procès de la commune roumaine, Petersdorf, et la commune allemande, Neudorf. Cette dernière fut mise en accusation pour détenir illégalement les forêts qui avaient appartenu à Petersdorf: „ultra mille annos". Rien que le style du fragment de charte cité par M. Constantinesco éveille les soupçons de l'historien averti. Mais la charte entière a déjà été analysée depuis longtemps par les historiens saxons et reléguée, d'après des preuves irréfutables, dans la classe des falsifications assez récentes.[1]

La manière dont cette charte fut trouvée est des plus extraordinaires. En 1808 un geôlier roumain qui l'aurait trouvée, l'a remise dans un paquet à l'archiviste municipal de Bistritz (Beszterce). La charte se trouvait enveloppée dans un acte de confirmation de 1557. Cependant ni les signes exterieurs ni les signes intérieurs du document ne prouvent qu'il ait été rédigé au XVI^{e} siècle: 1^{0} Les indices paléographiques contredisent cette hypothèse; 2^{0} Bien que le document eût été rédigé par plusieurs autorités, il se trouve écrit d'une seule main d'un bout à l'autre; 3^{0} L'écriture du prétendu rédacteur du document nous est connue d'après plusieurs autres documents, or, cette main ne s'accorde pas du tout avec celle du document en question; 4^{0} L'endos contenant la formule d'homologation est faux et ne provient pas de la main du prétendu greffier; 5^{0} Le papier de la charte ne peut pas provenir du XVI siècle; 6^{0} Le sceau est imprimé sur les fils de soie, retenant les feuilles de la charte, et en pâte de farine. Or, cette manière d'appliquer le sceau date du XVIII siècle; 7^{0} Le style est identique dans les deux documents séparés par presque deux siècles d'intervalle et diffère très sensiblement des autres documents de Bistritz.

La charte de 1366 est un faux non moins douteux. D'après cette charte, les frontières de Petersdorf avaient été fixées par les *Huns*. Comme si à l'époque des migrations barbares on avait connu la procédure de la délimitation des frontières! La conclusion de la charte avec sa sentimentalité romanesque ne manque pas de produire un effet comique sur le connaisseur. Un historien sérieux, travaillant avec la méthode critique des temps modernes n'oserait pas citer en témoignage une telle pièce.

M. Constantinesco rapporte lui-même dans quelle large mesure les Roumains de Transylvanie jouissaient de l'exploitation de ces forêts, bien qu'ils se fussent établis plus tard, sous forme de colonats. Même à ce point de vue, les Roumains de Transylvanie se trouvaient dans une situation plus favorable que les Roumains des principautés „libres".

[1] Johann Karl Schuller, Zwei Bistrizer Urkunden von 1557 und 1366. Archiv d. Vereins f. siebenbürg. Landeskunde, Neue Folge, t. I, Kronstadt, 1853. p. 50 ss.

La géographie et l'histoire de la colonisation et de la population de la Transylvanie permettent de comprendre pourquoi l'on n'y trouve pas ces propriétés énormes si connues dans la Hongrie proprement dite et dans la Vieille Roumanie. Le territoire des valiées seul utilisable dans l'agriculture de ce pays coupé de part en part par de gros massifs montagneux ne favorisa jamais la formation de grandes unités domaniales détenues par un petit nombre de propriétaires. D'autre part, la population transylvaine n'eut pas à subir, pendant la domination turque, autant de pertes décisives que le territoire de la Hongrie proprement dite. En effet le pays montagneux fut plus épargné par les Turcs que le plat pays facilement accessible, où les pertes de population furent compensées, on l'a vu, précisément par l'immigration incessante des Roumains des principautés. De même, les anciennes colonies saxonnes et *székely* (Sicules), ne furent jamais détruites; or, celles ci s'organisaient sur une large échelle d'après le système de la communauté des biens et d'autre part leurs institutions et coutumes empêchèrent la formation de grandes propriétés dans leurs territoires. De là vient que tandis que dans la Vieille-Roumanie, au témoignage même de M. Constantinesco (p. 291) les propriétés dépassant 100 hectares atteignaient 48,63% de la superficie totale du sol arable, la proportion n'est que de 28% dans la Transylvanie (p. 275). Les grandes propriétés qu'on trouve cependant en Transylvanie et dans les autres territoires annexés à la Roumanie se réduisent surtout à des territoires couverts de forêts qui ne furent utilisés que depuis la construction des voies ferrées il y a à peine cinquante ans. Encore ces forêts ne constituaint-elles pas pour la plupart des propriétés possédées par des particuliers, mais bien des forêts communales, ou encore elles appartenaient à des fondations d'utilité publique. Sur le territoire saxon (1.182.713 jugars cadastraux), 446 982 jugars, soit 37,79% constituent le bien de la communauté. D'ailleurs les Roumains aussi possédaient une assez prande part de ces forêts désignées comme grandes propriétés dans la statistique. Les biens ruraux de Naszód, par exemple, dont les revenus furent utilisés pour la *culture national roumaine*, atteignaient le chiffre de 265.000 jugars cadastraux. Dans le comitat de Krassó-Szörény, 72 communes roumaines possédaient en tout 253.000 jugars, jadis propriété du régiment roumain de la zone militaire.

Si le lecteur impartial considère dans l'ensemble l'établissement des Roumains en Transylvanie et en Hongrie et s'il sait que ces immigrés étaient venus dans ces pays, parce qu'ils y trouvaient des conditions meilleures que dans leur patrie, il sera singulièrement frappé de la conclusion de M. Constantinesco qui, inaccessible à tout argument historique, croit devoir affirmer que la „victoire" des Roumains dans la guerre mondiale a mis fin à l'usurpation hongroise et a réalisé la justice parmi les nations (p. 258).

János Székely.

CUPRINSUL : – SOMMAIRE : – INHALT :

Seite

Prolegomena la noul proiect de lege al învățământului secundar român. De Dr. Bitay Árpád 1
Die Lage und Forderungen der Ukrainer. Die Senatsrede des Bukowiner ukrainischen Senators von Lukaszewicz 8
Duca și Iorga despre minorități 14
Les questions minoritaires de la Yougoslavie devant l'Union Internationale des Associations pour la SDN. . . 20, 41
Die jugoslavischen katholischen Minderheiten und die Glagolica. Von Josef Gáj 33
Ukraine. Von Senator Anton v. Lukaszewicz 56
Minderheitenrechte in Ungarn. Von Dr. Stephan v. Csekey 59
Welche Eingaben gelangten bisher zum Völkerbune bezüglich der ungarischen Minderheiten? 64, 130, 172, 213, 394
Discursul d-lui Sándor József, rostit în ședința Senatului din 10 Februarie 1927 contra proectului de lege al Camerelor de muncă 68
Die Lage der jüdischen Minorität in Rumänien. Von Veridicus 71, 109, 137
Der geplante Rechtsbruch in der Slovakei. Von Dr. Ernst Flachbarth 81
Appel du „Deutscher Volksbund" de la Silésie polonaise concernant l'admission des enfants aux écoles primaires allemandes de minorité de la Voïvodie de Silésie. Rapport par Monsieur Urrutia 85
Pétition concernant les écoles de minorités à Wilcza-Gorna, Laziska-Gorna et Bytkow. Rapport de M. Urrutia . . 88
Die Minderheitsfragen Rumäniens und Jugoslaviens vor der Internationalen Union der Völkerbundsligen 91
Mare discuție în chestiunea minoritară la Senat 104
Siebenbürgische Volkskunstausstellung in Berlin 121
Discursul d-lui Iosif Sándor rostit în ședința Senatului la 18 Martie 123
Zur Optantenfrage. Von Gabriel v. Betheg 127
Strafrechtlicher Schutz des freien Nationalitätsbekenntnisses Von Dr. Stephan v. Csekey 149
Die Angelegenheit der ungarischen Kolonisten aus Déva. Von Dr. Michael Leitner 161
A la Société des amis de l'Université de Strasbourg . . . 163

Eine Konferenz in Fünfkirchen betreffs Organisierung des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereines in der Baranya 169
Interpelaţia d-lui Iosif Sándor rostită în şedinţa Senatului din 5 Aprilie 1927, în chestia înfiinţării unei catedre de limba şi literatura maghiară la Universitatea din Bucureşti 171
Să vină numai cei 300.000 Români americani! De Baron Francisc Bánffy 181
Das Minderheitenproblem ein Problem des Staates . . . 185
Die Äusserungen des Vertreters der ukrainischen Minderheit Anton von Lukaszevicz im rumänischen Senat über die am 24. April durchgeführte Volkszählung . 186
Der mangelhafte Minderheitenschutz. Von Senator Anton Lukasziewicz 201
Condiţiunile împăcărei sufletelor. De Veridicus 205
Europäische Pressestimmen über die am 24. April 1927 vorgenommene rumänische Volkszählung 217
† Regele Ferdinand I. 241
Fortschritte bei Behandlung der nationalen Frage. Von Dr. Ewald Ammende 242
După alegeri. De Dr. Elemér Jakabffy 246
Der dritte Kongress der organisierten Gruppen der nationalen Minderheiten. Von Dr. Elemér Jakabffy . . . 277
Où faut-il nous en aller? De Dr. Jules de Tornya . . . 282
Souveränität und Minderheitenschutz. Prof. Arthur Balogh's Vortrag am Nationalitätenkongress 284
Die Presse der europäischen Nationalitäten. Zusammengestellt durch das Bureau des Nationalitätenkongresses 290
Weltpresse über die Wahlen in Rumänien 312
Gegen die Entnationalisierung. Von Dr. Ewald Ammende 321
Staat und Volk. Von Dr. Guido Gündisch 323
Von der bisherigen und künftigen Entwicklung der europäischen Nationalitätenkongresse. Von Dr. Josip Wilfan 341
Zum Autonomiegesetzentwurf in Kärnten 373
Lealitate şi încredere! 381
Richard Csaki und Karl Tóth. Von Dr. Elemér Jakabffy . 383
Cum văd Maghiarii situaţia politică din România. Discursul d-lui Elemér Gyárfás rostit în şedinţa Senatului din 29 Octomvrie 1927 387

Was ein englischer Schriftsteller in Karpatho-Russland (Russinsko) sah! 396
Rumänische Politik in den Komitaten mit nationalen Minderheiten in Siebenbürgen 400
Ein Bild der jugoslavischen Agrarreform 403
Zu den Worten Masaryk's 404
Artikelserie über die Slowakei im Daily Mail 406
Cine sunt optanţii, cari ne-au dat în judecată? 406
Im Zeichen des Minoritätenschutzes. Die neuesten Judenexzesse in Rumänien. Von Veridicus 421
Die verschiedentliche Behandlung der Minderheiten in Europa. Von Anton von Lukaszewicz 427
La Presse mondiale et les manifestations des étudiants en Transylvanie 431
Die Sprachenfrage in Estland. Von Eugen Maddison . . . 438
O gluma reuşită 443

Mitteilungen der Geschäftsführung des Ausschusses zur Vorbereitung des dritten Kongresses.

Das erste Bulletin unseres Ausschusses 96
Senator de Monzie zu den Kongressen der Nationalen Minderheiten 97
Eine Resolution des fünften Kongresses der Internationalen Frauenliga für Erieden und Freiheit 100
Zur Rede des ungarischen Ministerpräsidenten 100
Ein Organ der Nationalitäten in Polen 101
Herausgabe eines Minderheitenbulletins durch die Union der Völkerbundligen 103
Die Auswirkungen des Genfer Kongresses 103
Das Sekretariat unseres Ausschusses in Wien 155
Eine neue Zeitschrift für Minderheitenfragen in Polen . . 155
Zur Frage eines Minderheitenblocks in Lettland 157
Zur Tätigkeit der Internationalen Organisationen 158
Die Fertigstellung des Kongressberichtes 159
Zum Programm unseres nächsten Kongresses 159
Kritik an unserer Bewegung 196
Die Arbeit der Institute und Seminare zur Erforschung und Klärung des Nationalitätenproblems 197
Zur Tätigkeit der Internationalen Organisationen 197
Bibliographie 198
Literatur 198
Die Solidarität der europäischen Minderheitsgruppen . . . 236
Zeitpunkt und Programm unseres diesjährigen Kongresses 249
Die Ergebnisse des Berliner Kongresses der Völkerbundligen-Union 251

Zur Bildung von Wahlblocks der Minderheiten 253
Eine Solidaritätskundgebung der Nationalitäten 256

Tätigkeit des Völkerbundes.

Aus der Bibliografie des Völkerbundes 118
Schutz der Minderheiten in Oberschlesien 191
Eigene Völkerbundvereine der Ungarn in den losgetrennten Gebieten 234
XI. Assemblée plénière (1927.) Protection des Minorités. Projet d'un code de procédure adopté par la Commission mixte de l'Union, en sa séance du 30 septembre 1926, à Salzbourg 227

Bücher und Zeitschriften.

Das Recht der Minderheiten. Materialien zur Einführung in das Verständnis des modernen Minoritätenproblems, zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen von Dr. jur. Herbert Kraus, Prof. der Rechte 238
Das Sprachenrecht der Tschechoslovakischen Republik; unter Berücksichtigung der Gesetzmaterialien und der Rechtssprechung, mit Hinweisen und erläuternden Bemerkungen versehen von Dr. Leo Epstein 326
Prof. M. Laserson, Mitglied des lettländischen Parlaments: „Staat, Souveränität und Minorität“ 327
Mitiția Constantinesco: L'évolution de la propriété rurale et la réforme agraire en Roumanie 331, 407, 444
Nation und Staat 375
Elijahu Benzion Sadinsky: Die nationale Sozietät. (Beitrag zur Lösung der Judenfrage im Zusammenhang mit dem allgemeinen nationalen Problem.) Von Dr. Erwin Pick 377
Eine neue ungarische politische Revue 419

Statistische Mitteilungen.

Aus der Statistik der Klausenburger Gewerbebehörde. — Aus der Universitätsstatistik 39
Die Ein und Auswanderung in Rumänien 77
Die Statistik der rumänischen Parlamentwahlen vom Juli 1927. Von Dr. Ladislaus Fritz 259
Românii din Ungaria. (Rumänen in Ungarn.) Studiu statistic. De Dr. Iván Nagy 355

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.